



VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR  
BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER  
UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.

# Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des traumasensiblen aufsuchenden sozialraumnahen Beratungsangebots und -teams für Attentatsbetroffene in Hanau (TASBAH)

Eine Studie des Instituts für psychologische Forschung

an der SFU Berlin e.V. im Auftrag des Verbands der Beratungsstellen

für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt



INSTITUT FÜR  
PSYCHOLOGISCHE  
FORSCHUNG  
AN DER SFU BERLIN E.V.

# Impressum

Berlin, Dezember 2024

## Herausgeber:

VBRG - Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Kottbusser Damm 7, 10967 Berlin

Telefon: 030 . 3385 9777

E-Mail: [info@verband-brg.de](mailto:info@verband-brg.de)

Projektkontakt: [tasbah@verband-brg.de](mailto:tasbah@verband-brg.de)

Web: [www.verband-brg.de](http://www.verband-brg.de)

## Projektleitung:

Ass.-Prof. Dr. Karin Mlodoch

Institut für psychologische Forschung an der SFU Berlin e.V.

Columbiadamm 10, Turm 9 , 12101 Berlin

## Projektteam:

Dr. Karin Mlodoch, Kyra Gawlista, Dr. Charlotta Sippel, Lea-Jule Gerbert

Mit Unterstützung von Ska Salden, Ernst Meyer und mit Beratung von Prof. Dr. Oliver Decker

## Redaktion:

Dr. Karin Mlodoch, Kyra Gawlista, Dr. Charlotta Sippel, Lea-Jule Gerbert

## Lektorat:

Britta Kollberg

## Druck:

Hinkelsteindruck Berlin

## Hier scannen für die Webversion:

[www.verband-brg.de/redirect/tasbah-studie](http://www.verband-brg.de/redirect/tasbah-studie)



## V.i.S.d.P.:

Robert Kusche, VBRG e.V., Kottbusser Damm 7, 10967 Berlin

Die Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des traumasensiblen aufsuchenden sozialraumnahen Beratungsangebots und -teams für Attentatsbetroffene in Hanau (TASBAH) und der Druck wurden gefördert vom:

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Migration, Flüchtlinge und Integration  
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

**Haftungsausschluss:** Die Informationen in dieser Handreichung wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der VBRG bzw. die Autor\*innen keine Gewähr. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung. Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Bundesfamilienministeriums, des Bundesamts für Familie und zivile Aufgaben oder der Beauftragten der Bundesregierung dar.

# Inhalt

<b>Einleitung und Zusammenfassung</b>	Seite 4
Evaluationsgegenstand	Seite 4
Evaluationsziele	Seite 5
Trauma und Traumabearbeitung	Seite 7
Das TASBAH-Beratungsangebot	Seite 8
Reflexionen von TASBAH-Berater*innen mit Beratungstätigkeit	Seite 9
Zusammenfassung	Seite 11
Empfehlungen	Seite 12
Danksagung	Seite 14

Hier erhalten Sie den detaillierten Evaluationsbericht:

[www.verband-brg.de/redirect/tasbah-studie](http://www.verband-brg.de/redirect/tasbah-studie)



# Einleitung und Zusammenfassung

Ass.-Prof. Dr. Karin Mlodoč, Kyra Gawlista, Dr. Charlotta Sippel, Lea-Jule Gerbert

Vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. Berlin (VBRG) wurden wir im Februar 2024 mit einem herausfordernden Projekt betraut: mit der Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung des TASBAH-Beratungsprojekts für Betroffene des rassistischen Attentats in Hanau im Februar 2020.

Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau neun Menschen bei einem rassistischen Attentat ermordet. Dieses Verbrechen erschütterte nicht nur die Hinterbliebenen, Überlebenden und ihre Angehörigen, sondern die gesamte Gesellschaft. Fünf Jahre später befinden sich die Angehörigen der Opfer, die Überlebenden und Zeug\*innen des Attentats noch immer in einem Zustand von Trauer und Ohnmacht. Sie haben einen immensen Bedarf an sozialrechtlicher Beratung, Alltagsbegleitung, emotionaler Stär-

kung sowie psychologischer und psychotherapeutischer Traumabegleitung. Einrichtungen der Regelversorgung sind auf diese komplexen Beratungsbedarfe unzureichend vorbereitet. Die Weiterleitung an solche Institutionen geht für die Betroffenen zudem häufig einher mit Erfahrungen weiterer Individualisierung ihres Leidens.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich das TASBAH-Projekt des VBRG e.V. in gemeinsamen Diskussionen von der Initiative 19. Februar Hanau und der Beratungsstelle *response* sowie dem *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.)*. Es fußt insbesondere auf den Erfahrungen der intensiven Beratungsarbeit für Betroffene in der Initiative 19. Februar Hanau und den Wünschen und Bedarfen, die Betroffene dort angesprochen haben sowie den Beratungserfahrungen von *response*.

## Evaluationsgegenstand – das TASBAH-Beratungsprojekt für Betroffene des Attentats in Hanau

TASBAH steht als Abkürzung für traumasensible aufsuchende sozialraumnahe Beratung für Attentatsbetroffene in Hanau. Seit November 2023 berät ein Team bestehend aus Sozialarbeiter\*innen, Traumapädagog\*innen und systemischen Berater\*innen die Angehörigen der Opfer, die Überlebenden und Zeug\*innen des Attentats und verbindet dabei psychologische, soziale und Alltagsberatung.

Die Beratung baut auf einer Vielzahl von weiteren aktivistischen, sozialen und psychologischen Unterstützungsangeboten auf, mit denen sie eng vernetzt

ist, wie der Selbstorganisation der Angehörigen in der Initiative 19. Februar Hanau, dem Jugendzentrum JUZ k-town Kesselstadt, der hessischen Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt *response* sowie Anwält\*innen und Psychotherapeut\*innen.

Das Beratungsteam hat zudem eine koordinierende Rolle in der Vernetzung von Berater\*innen mit Opferbeauftragten der Stadt Hanau, des Landes Hessen und des Bundes sowie mit Vertreter\*innen von Sozialleistungsträgern, Versorgungsämtern und Krankenkassen, die mit den Versorgungsansprüchen der Betroffenen befasst sind.

Das Beratungsprojekt wurde, ebenso wie die vorliegende Evaluation, im Rahmen der Förderung für das Begleitprojekt „Dachverband Opferberatungen“ des VBRG e.V. im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) für 15 Monate gefördert (Oktober 2023 – Dezember 2024). Seit dem Ende der Förderperiode von „Demokratie leben“ am 31.12.2024 wird die Arbeit des TASBAH-Beratungsteams u.a. durch Fördermittel der Stadt Hanau im Rahmen des DEXT-Programms finanziert.

## Ziele der Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung waren

- die Einschätzung der Wirksamkeit des TASBAH-Beratungsangebots und weiterer Beratungs- und Unterstützungsangebote aus Sicht der Berater\*innen sowie der Betroffenen, die Beratung in Anspruch nehmen,
- die Unterstützung der Berater\*innen bei der Reflexion und Weiterentwicklung des Beratungsangebots,
- die Dokumentation der Erfahrungen, des Wissens und der Expertise des Unterstützungs- und Beratungsnetzwerks in Hanau zur Nutzbarmachung für Berater\*innen von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in anderen Kontexten.

## Das Evaluationsteam – konzeptionelle Verortung

Wir sind ein Team aus Wissenschaftler\*innen aus der Sozialpsychologie, der Migrations-, Diversitäts- und Genderforschung, angesiedelt am Institut für

psychologische Forschung an der SFU (Sigmund Freud PrivatUniversität) Berlin e.V. Keine\*r von uns war vor der Evaluation in der Unterstützung oder Beratung von Betroffenen des rassistischen Attentats in Hanau aktiv. Wir haben uns Betroffenen, Unterstützer\*innen und Berater\*innen aus einer sozial- und traumapsychologischen Perspektive angenähert und das, was wir gehört und gesehen haben, vor dem Hintergrund eigener langjähriger Forschungs- und Praxiserfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Gewalt in vor allem internationalen Krisen- und Konfliktregionen reflektiert.

Unser Team vertritt einen sozial und politisch kontextualisierten Ansatz der psychosozialen und Trauma-Beratung für Überlebende von Gewalt- und Verlusterfahrungen. Der Ansatz betrachtet spezifische psychologische und traumatische Dynamiken im Kontext ökonomischer Lebensbedingungen, sozialer Unterstützungsnetzwerke und der politisch-gesellschaftlichen Anerkennung bzw. Aufarbeitung der Gewalterfahrung. Trauma wird zudem als sequenzieller Prozess aufgefasst, in dem vor allem die Bedingungen, die Menschen nach traumatischen Erfahrungen vorfinden (physische und ökonomische Sicherheit, soziale Unterstützung, politische und gesellschaftliche Anerkennung des Erlebten, sichere Räume für Trauer und Erinnerungsarbeit, Zugang zu Beratung), als zentral für die Möglichkeit der Bearbeitung und Bewältigung des Erlebten angesehen werden.

Daraus ergibt sich für die Begleitung von Überlebenden und Betroffenen von schweren Gewalt- und Verlusterfahrungen – wie nach dem rassistischen Attentat von Hanau – die Notwendigkeit integrierter, ganzheitlicher und langfristiger Beratungsansätze, die neben der individuellen Unterstützung von Betroffenen soziale Unterstützungsnetzwerke ebenso in den Blick nehmen wie gesellschaftliche und politische Aspekte (z.B. die mediale und politische Aufarbeitung des Erlebten, Fragen der Gerechtigkeit, Entschädigung etc.) und Überlebende und Betroffene langfristig durch die verschiedenen Phasen von Schock, Trauerarbeit, Reintegration in den Lebensalltag sowie bei der Erinnerungsarbeit begleiten.

## Methodik der Evaluation

Von März bis August 2024 haben wir qualitative leitfadengestützte Interviews geführt: mit Angehörigen

Said Nesar Hashemi  
Hamza Kenan Kurtović  
Ferhat Unvar  
Sedat Gürbüz  
Fatih Saraçoğlu  
Gökhan Gültekin  
Vili Viorel Păun  
Mercedes Kierpacz  
Kaloyan Velkov

Diese neun Menschen wurden am 19. Februar 2020 von einem rassistischen Attentäter in Hanau ermordet.

#SayTheirNames

der Opfer des Attentats und Überlebenden, Mitgliedern der Initiative 19. Februar Hanau und der Bildungsinitiative Ferhat Unvar, Berater\*innen des TASBAH-Beratungsprojekts, der hessischen Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt *response*, des Jugendzentrums JUZ k-town Kesselstadt sowie mit Opferbeauftragten der Stadt Hanau, Anwält\*innen und Psychotherapeut\*innen. Zudem haben wir Berichte, Evaluationen, Strategiepapiere sowie Fachliteratur zu Themen rassistischer Gewalt sowie zu Begleitungs- und Beratungsangeboten gesichtet.

Die Auswertung der Interviews erfolgte mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) und Kuckartz (2014).

### Evaluationsschwerpunkte und Limitationen

In den Gesprächen mit Betroffenen des Attentats haben wir an keiner Stelle versucht, tiefer in ihre komplexe Trauma- und Trauerproblematik einzusteigen. Ohne eine feste Einbettung in einen langfristigen Beratungskontext wäre dies aus professioneller und ethischer Sicht nicht vertretbar. Unsere Beobachtungen zur Situation der Betroffenen und ihren Erfahrungen mit der Beratung fußen daher ausschließlich auf dem, was sie uns in den Gesprächen von sich aus berichtet haben, und sind geprägt von unseren eigenen Forschungs- und Praxiserfahrungen in der Arbeit mit Überlebenden von Gewalt in anderen Kontexten.

Kernstück der Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung war der professionelle Austausch mit dem TASBAH-Beratungsteam und weiteren beratenden Stellen und Einzelpersonen. Hier stieß unser Vorhaben auf große Offenheit und ebenso große Erwartungen. Nach vier Jahren intensiver Begleitung der Betroffenen durch die erste Phase von Schock, Trauer und Empörung, durch den Dschungel behördlicher Hürden und Anforderungen für das Erhalten von Leistungen und durch die Herausforderungen des Untersuchungsausschusses bis hin zur Unterstützung der Angehörigen in ihrem Kampf um Sichtbarkeit und Gerechtigkeit wünschten sich die Berater\*innen Raum und Zeit zur Reflexion der Erfahrungen, zur Dokumentation und Systematisierung des gesammelten Praxiswissens, zur Entwicklung von Perspektiven für die Weiterführung der Beratung und auch zur Reflexion eigener Belastungen und Grenzen.

Gerne hätten wir einen solchen Reflexionsprozess auch mit anderen Akteur\*innen der Beratung durchlaufen. Insgesamt standen aber für die Erhebungsphase nur ein kurzer Zeitraum von sechs Monaten und sehr begrenzte Ressourcen zur Verfügung. Die Erfahrungen von Mitarbeiter\*innen weiterer Beratungsstellen, der Beratungsstelle *response*, des Jugendzentrums JUZ k-town Kesselstadt sowie von Opferbeauftragten, Psychotherapeut\*innen und Anwält\*innen fließen in den Bericht ein. Ihre jeweilige konzeptionelle Ausrichtung, institutionellen Rahmenbedingungen und spezifischen Herausforderungen können im Rahmen der vorliegenden Studie jedoch nicht berücksichtigt werden, ebenso wenig wie die Konflikte um die Aufarbeitung des rassistischen Attentats in Hanau zwischen Betroffenen und politischen Vertreter\*innen der Stadt Hanau, des Landes Hessens und des Bundes. Die im Evaluationsbericht gegebenen Empfehlungen beziehen sich daher vor allem auf die Weiterführung der Beratung und Unterstützung der Betroffenen des Attentats.

### Begrifflichkeiten

Einige Betroffene des Attentats nutzen in ihren Erzählungen, Medieninterviews oder Publikationen Selbst-Positionierungen oder Selbstzuschreibungen als „Migrant\*innen“ oder beziehen sich auf ethnische Zugehörigkeiten, damit verbundene Verfolgungserfahrungen oder Werte, Religion und Traditionen in den Herkunftskontexten ihrer Familien. Solche Selbstzuschreibungen wurden von uns nicht als Fremdzuschreibungen aufgegriffen oder reproduziert, ebenso wenig wie Annahmen über „Kultur“ oder Herkunftskontexte der heterogenen Gruppe von Betroffenen, die diskriminierende Muster und Abgrenzungen verstärken können und Betroffene in defensive Legitimationsnarrative treiben, wie z.B., wenn Angehörige der Opfer betonen, diese seien „gut integriert“ gewesen (siehe hierzu auch: Bildungsinitiative Ferhat Unvar, 2024: 29).

Den Begriff „Opfer“, der Ohnmacht und Hilflosigkeit betont und entmächtigend wirken kann, verwenden wir nur für die beim Attentat Ermordeten. Über ihre Angehörigen, Überlebende des Attentats und Zeug\*innen sprechen wir als „Betroffene“.

### Trauma und Traumabearbeitung

Die Betroffenen des Attentats haben einen traumatischen Einschnitt in ihr Leben erlebt. Aus klinisch-psychiatrischer Perspektive werden die psychischen Folgen der traumatischen Erfahrung als Komplexe Post-Traumatische Belastungsstörung (K-PTBS) (World Health Organization, 2022) gefasst. Viele der Betroffenen des Attentats in Hanau tragen diese Diagnose. Sie kann hilfreich sein, weil sie den Qualen der Betroffenen einen Namen gibt und Zugänge zu medizinischen und psychologischen Hilfen, Entschädigungen und Versorgungsleistungen öffnet. Sie hat jedoch auch individualisierende, entkontextualisierende und pathologisierende Aspekte. Zudem bildet sie das mit politischer und rassistischer Gewalterfahrung verbundene Unrechtserleben und die psychosozialen Folgen nur unzureichend ab.

Jenseits klinischer Symptome ist das Erleben von Menschen nach traumatischen Erfahrungen geprägt von Trauer, Ohnmacht, Kontrollverlust im Alltag, der Erschütterung des Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühls, des Selbst- und Weltbilds und von Schuldgefühlen, am Leben zu sein, während geliebte Menschen sterben mussten (Niederland, 1980).

Das von Hans Keilson (1979) entwickelte Konzept der *sequentiellen Traumatisierung* betont zudem, dass es wesentlich von der Phase nach dem eigentlichen traumatischen Ereignis und der Sicherheit, Stabilität und sozialen Unterstützung abhängt, die Betroffene vorfinden, ob sich traumatische Dynamiken vertiefen oder abebben. Dieses Konzept unterstreicht die Verantwortung von Hilfesystemen, Gesellschaft und Politik für die Gesundheitsperspektiven der Betroffenen.

Ein solch kontextualisiertes Verständnis von Trauma übersetzt sich in der Beratungspraxis in eine Verbindung von psychologischen und psychosozialen Hilfen mit menschenrechtlichem Engagement für die Stabilisierung der Lebensbedingungen der Betroffenen und in eine Beratungshaltung der „solidarischen Begleitung“.

Die Berater\*innen des TASBAH-Beratungsprojekts vereinen ein ganzheitliches Verständnis von Trauma mit der Haltung „parteilicher Sozialarbeit“ (Köbberling, 2018).

### Unsere Beobachtungen

Bei unseren Besuchen und Gesprächen in Hanau haben wir die enorme Spannung gespürt, unter der Betroffene und Berater\*innen stehen: Das ständige Oszillieren der Betroffenen zwischen Momenten tiefster Trauer und Verzweiflung und Momenten des Zusammenhalts, der Stärkung und des Erfolgs im Kampf um Anerkennung und Gerechtigkeit. Zwischen der Loyalität zu den Opfern, dem Festhalten der Erinnerung, dem Kreisen um die Geschehnisse rund um das Attentat einerseits und dem Wunsch nach Rückkehr ins Leben und Entwicklung neuer Perspektiven andererseits. Die Ambivalenzen der Berater\*innen und Unterstützer\*innen zwischen Empathie, unbedingter Solidarität mit den Betroffenen, geteilter Trauer und dem Verantwortungsgefühl dafür, sie durch alle Höhen und Tiefen zu begleiten, auf der einen Seite und dem Wissen, dass es für die Betroffenen zentral ist, Selbstwirksamkeit und Kontrolle über ihr Leben zurückzuerlangen und ihre familiären und sozialen Netzwerke wiederaufzubauen, auf der anderen Seite. Zwischen Momenten der Erschöpfung und Frustration und Momenten der Zuversicht und Ermächtigung.

Trauma *ist* Ambivalenz und löst Ambivalenz aus. Bei der Bearbeitung von Traumata gibt es keine Rezepte, keine schnelle „Lösung“ oder gar „Heilung“. Die Begleitung und Beratung von Menschen nach schweren Gewalt- und Verlusterfahrungen erfordert einen langen Atem und das Aushalten von Ambivalenzen. Sie erfordert das Einlassen auf die komplexe Lebenssituation der Betroffenen und die für jede\*n Einzelne\*n unterschiedlichen Zeitmaße und Wege der Bearbeitung. Sie erfordert eine diffizile Balance zwischen Da-Sein, Mit-Gehen, Stabilisieren und gleichzeitig Ermutigung und Ermächtigung der Betroffenen dazu, selbst Kontrolle zu übernehmen und neue Perspektiven zu entwickeln. Solche Begleitung und Beratung erfordern Zeit, personelle Ressourcen und einen langen Atem!

### Beobachtungen zur Situation der Betroffenen des Attentats von Hanau

Fast fünf Jahre nach dem rassistischen Attentat in Hanau befinden sich die Angehörigen der Opfer, die Überlebenden und Zeug\*innen des Attentats nach wie vor in einem Zustand von Entsetzen, tiefer ungelöster Trauer und Ohnmachtserleben. Die traumatische Erfahrung des Einbruchs massiver Gewalt in ihr Leben und des Verlusts geliebter Menschen ist

verwoben und wird verstärkt und verlängert von Fassungslosigkeit, Wut und Empörung angesichts der polizeilichen Versäumnisse vor, während und nach dem Attentat, des respektlosen und Würdeverletzenden Umgangs mit den Toten und ihren Familien, der erlebten rassistisch-diskriminierenden Täter-Opfer-Umkehr-Mechanismen und des Ausbleibens der Übernahme von Verantwortung durch Politik, Justiz und Gesellschaft. Die Erfahrungen von Abwertung, Ausgrenzung und rassistischer Diskriminierung nach dem Attentat haben das Zugehörigkeitsgefühl der Betroffenen und ihr Vertrauen in Politik und Gesellschaft nachhaltig erschüttert und können auch als *sekundäre Viktimisierung* gefasst werden (Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, 2023).

Das Attentat hat die Lebensentwürfe der Betroffenen und ihrer Familien jäh zerstört. Aufgrund der Belastungen durch das Attentat sind viele Betroffene nicht oder nur eingeschränkt in der Lage zu arbeiten und leben in prekären ökonomischen Situationen. Bei der Beantragung existenzsichernder Leistungen und medizinisch-psychotherapeutischer Hilfen sind sie mit einer Zersplitterung ihrer Anliegen über zahlreiche Behörden konfrontiert, müssen ihre Belastungen immer neu belegen und erleben im Umgang mit Behörden Vereinzelung, Entkontextualisierung ihrer Erfahrung, Abwertung und rassistischer Diskriminierung.

#### **Das TASBAH-Beratungsangebot**

Das TASBAH-Projekt des VBRG e.V. entwickelte sich in gemeinsamer Diskussion von der Initiative 19. Februar Hanau und der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt *response* Hessen sowie dem VBRG e.V. als Dachverband der fachspezifischen Opferberatungsstellen, dem auch *response* als Mitgliedsorganisation angehört, und fußt insbesondere auf den Erfahrungen der Beratungsarbeit von *response* Hessen und intensiven Beratungsarbeit für Betroffene in der Anlaufstelle der Initiative 19. Februar Hanau. Hier fand eine holistische, integrierte Begleitung und Beratung der Betroffenen statt, getragen von Begleiter\*innen, die politische Solidarität und zugewandte Alltagsunterstützung verbanden und die der Dimension und Komplexität der Auswirkung des rassistischen Attentats auf alle Lebensbereiche der Betroffenen gerecht wurden. Diese von Respekt, Anerkennung und ganzheitlicher Wahrnehmung geprägte Beglei-

tung wirkte den abwertenden, individualisierenden und Trauma-verstärkenden Erfahrungen, die die Betroffenen nach dem Attentat im Umgang mit Behörden und Gesellschaft machten, direkt entgegen und wird von den Beratungsnehmenden als „lebensrettend“ bezeichnet.

Die enge Verflechtung von politischer Solidaritätsarbeit und umfassender Beratung führte Berater\*innen und Unterstützer\*innen aber auch an ihre Belastungsgrenzen. Nach einer ersten Phase von krisenhaftem Ausnahmezustand, in der Alltagsstabilisierung und Trauerbegleitung im Mittelpunkt standen, und einer zweiten Phase, in der Berater\*innen die Betroffenen durch die mit dem Untersuchungsausschuss (UNA 20/2 des Hessischen Landtags) verbundenen Belastungen und die Hürden bei der Beantragung von existenzsichernden Leistungen begleiteten, differenzieren sich mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Attentat auch die individuellen Situationen und Bedarfe der Betroffenen. Während die in der Initiative 19. Februar Hanau und Bildungsinitiative Ferhat Unvar engagierten Angehörigen Stärke und Orientierung aus dem Engagement für Erinnerung, Anerkennung und Gerechtigkeit ziehen, kann dieser kollektive Kontext nicht alle individuellen Bedarfe adressieren. Zudem entstehen in der engen Verflechtung von Beratung und politischer Arbeit auch Loyalitätserwartungen und Abhängigkeiten, die der Entwicklung individueller Bearbeitungswege entgegenstehen können.

#### **TASBAH-Konzept**

Der Aufbau von TASBAH zielte in diesem Kontext auf ein spezifisches, traumasensibles, aufsuchendes und sozialraumnahes Beratungsangebot mit den Zielen – neben der weiteren Unterstützung der Betroffenen bei Existenzsicherung und Stabilisierung –, Selbstwirksamkeit und Selbstermächtigung zur Überwindung der Ohnmacht zu stärken, individuelle Wege der Traumabewältigung zu ermöglichen, zu stärken und zu begleiten und dabei auch in bestehende Angebote vor Ort weiterzuvermitteln. Gleichzeitig setzte die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt *response* des Evangelischen Regionalverbands Frankfurt und Offenbach die Begleitung von Betroffenen des Attentats aufsuchend und in ihrer Anlaufstelle in Frankfurt am Main fort.

Das TASBAH-Konzept selbst zeugt von der Fachkompetenz und Erfahrung der Beteiligten und ihrer umfassenden Kenntnis und Reflexion der komplexen Situation der Betroffenen.

#### **Rahmenbedingungen**

Die Umsetzung war von Beginn an durch die kurze Projektlaufzeit von 15 Monaten (1. 10. 2023 – 31. 12. 2024), für die Fördermittel vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bewilligt wurden, sowie durch die geringen personellen Ressourcen erschwert.

Allein der Übergang von einer räumlich mit der Initiative 19. Februar Hanau verbundenen umfassenden Beratung in ein separates, strukturiertes und ressourcenstärkendes Beratungsangebot braucht längere Zeiträume.

#### **Das TASBAH-Beratungsteam**

Einige TASBAH-Berater\*innen hatten bereits kurz nach dem Attentat mit der Unterstützung und Beratung von Betroffenen begonnen, andere sind neu dazugekommen.

Projektleitung und TASBAH-Berater\*innen vereinen in beeindruckender Weise eine solidarisch-empathische, rassistuskritische und diskriminierungssensible Haltung mit Fachexpertise in Traumapädagogik und systemischer Beratung, betroffenenzentrierter Beratungskompetenz und umfassender Kenntnis der komplexen Belastungen von Betroffenen des rassistischen Attentats und ihrer Lebensrealitäten. Im Beratungskontext haben sie sich zudem umfangreiche Kenntnisse zu den sozialrechtlichen Voraussetzungen und Verfahrensabläufen zur Beantragung von Leistungen zur Existenzsicherung und zum Opferentschädigungsgesetz angeeignet und können Betroffene hier kompetent und sachgerecht beraten.

#### **Wirksamkeit aus der Perspektive von Beratungsnehmenden**

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, der hohen Anzahl an Beratungsnehmenden und des immensen Beratungsbedarfs ist es dem TASBAH-Team gelungen, eine empathische, betroffenenzentrierte, fachkompetente und am Bedarf der Betroffenen orientierte Beratung anzubieten, die von Beratungsnehmenden als zentraler Stabilisierungs-

faktor beschrieben wird. Beratungsnehmende unterstreichen die Bedeutung von Beziehung in der Beratung und schätzen die Kontinuität, empathisch-solidarische Zugewandtheit und Loyalität der Berater\*innen und das Vertrauensverhältnis mit ihnen. Zudem schätzen sie die Niedrigschwelligkeit der Beratung und den holistischen Ansatz, die Beratung in allen Lebenslagen. Dies empfinden sie als Gegen-erfahrung zu der Zersplitterung ihrer Anliegen über zahlreiche Behörden und den abwertenden Erfahrungen, die sie dort machen.

Einige der Intentionen des TASBAH-Beratungsangebots, nämlich die schrittweise Entflechtung von politischer Solidaritätsarbeit und Beratung und die Förderung des Verselbständigungsprozesses der Betroffenen, werden von Beratungsnehmenden kaum bewusst wahrgenommen. Hier braucht es zukünftig eine klarere Trennung von Räumen und Rollen zwischen der Initiative 19. Februar Hanau und dem TASBAH-Beratungsprojekt und eine klare Auftragsklärung mit Betroffenen über Ziele und Umfang der Beratung.

### **Reflexionen mit Berater\*innen von TASBAH: Themen, Herausforderungen und Spannungsfelder in der Beratung**

#### **Schwerpunkt Alltags- und Sozialberatung.**

Im Beratungskontext stehen die sozialrechtliche und Alltagsberatung im Vordergrund. Die aufwändige Unterstützung der Betroffenen bei Antragstellungen und die Begleitung zu behördlichen Terminen, die Suche nach Fachärzt\*innen oder Psychotherapeut\*innen beanspruchen einen Großteil der Ressourcen. Die TASBAH-Berater\*innen streben auch hier eine zunehmende Stärkung der Eigeninitiative der Betroffenen zur Wiedererlangung von Kontrolle und Selbstwirksamkeitserleben an. Dennoch bleibt wenig Zeit für einen stärkeren Fokus auf die individuellen Bearbeitungswege von Betroffenen, eine ressourcenstärkende Begleitung bei der Rekonstruktion ihrer familiären und sozialen Zusammenhänge und die Entwicklung von Zukunftsperspektiven.

#### **Spannungsfeld zwischen Erinnerung und Aufbruch.**

Die von TASBAH formulierten Ziele einer schrittweisen Ablösung der Betroffenen von umfassender Beratung und einer Verselbständigung und Stärkung

individueller Bearbeitungswege sind insgesamt herausfordernd für Betroffene und Berater\*innen. Menschen, die traumatische Gewalt und Verluste erlebt haben, befinden sich in einem permanenten Spannungsfeld zwischen ihrer Verbundenheit und Loyalität zu den Ermordeten und der „Aufrechterhaltung“ des Traumas, der Trauer und der Erinnerung auf der einen Seite und dem Wunsch nach einem Wieder-Anknüpfen an das Hier-und-Jetzt und der Entwicklung von neuen Lebensentwürfen auf der anderen Seite. Wünsche nach neuen Lebenswegen sind häufig mit Schuldgefühlen gegenüber den Ermordeten verwoben. Im Kontext rassistischer Attentate kann allein das Ansprechen von Beratungszielen wie „Entwicklung neuer Lebensperspektiven“ bei den Betroffenen, deren Lebensentwürfe durch das Attentat zerstört wurden und deren Lebensrealität durch Rassismuserfahrungen und Prekarität geprägt ist, auf Abwehr und Empörung stoßen.

Vor diesem Hintergrund gestaltet sich auch der von TASBAH angestrebte Übergangsprozess langwierig und erfordert empathische und traumasensible Begleitung und Beratung durch das TASBAH-Team. Auch für die Berater\*innen ist der Übergang von umfassender zu strukturierter Beratung herausfordernd. Sie betrachten den Verselbständigungsprozess als wesentlich für die Traumabearbeitung, fürchten aber, die Betroffenen zu überfordern oder ihren vielen Enttäuschungen eine weitere hinzuzufügen.

#### **Weiterleitung in die Regelversorgung.**

Die schrittweise Weiterleitung von Betroffenen in Einrichtungen der Regelversorgung ist längerfristig notwendig und wichtig auch im Hinblick auf die Integration der Betroffenen in ihr gesellschaftliches Umfeld. Sie ist auch von Bedeutung, um die Verantwortung bestehender Versorgungsstrukturen für die Adressierung der spezifischen Bedarfe von Betroffenen rassistischer Gewalt zu unterstreichen. Die Weiterleitung ist aber mit langen Beantragungsverfahren und -zeiten verbunden und erfordert den Austausch mit bzw. die Kompetenzstärkung von Mitarbeitenden der Regeleinrichtungen für die spezifischen Situationen und Bedarfe der Betroffenen.

**Belastungen der Berater\*innen.** Die Berater\*innen aller Beratungs- und sozialen Strukturen für Betroffene des Attentats in Hanau stehen unter großem Druck. Angesichts geringer personeller Ressourcen

und einem immensen Beratungsbedarf gehen sie bis an ihre Belastungsgrenzen und darüber hinaus. TASBAH-Berater\*innen berichten von einer permanenten „Triage-Situation“. Sie empfinden eine hohe Verantwortung. Dieser Druck wird durch die kurze Projektlaufzeit und mangelnde Planungssicherheit noch verschärft.

Nicht immer können hier die Qualitätsstandards des VBRG e.V. für die fachspezifische Opferberatung (VBRG 2024) eingehalten werden, wie z.B. die Präsenz von zwei Berater\*innen in familienbasierten Beratungssettings. Die personelle Stärkung des Beratungsteams ist deshalb ebenso wichtig wie die Fortsetzung und Intensivierung der Supervision und Fachbegleitung sowie das Schaffen von Räumen für die Reflexion und Dokumentation ihrer Erfahrungen.

#### **Spannungsfeld politische Solidaritätsarbeit und**

**Beratung.** Die Betroffeneninitiative 19. Februar Hanau und die Bildungsinitiative Ferhat Unvar haben als Orte der Erinnerung und des Kampfes um Aufarbeitung, Anerkennung und Gerechtigkeit eine zentrale Bedeutung für die Überlebenden und Angehörigen. Zusätzlich wird die Wichtigkeit eines separaten Beratungsprojekts deutlich, in dem die individuellen Bearbeitungswege der Betroffenen im Vordergrund stehen. Hier können auch Konflikte und Spannungen, die in der heterogenen „Schicksalsgemeinschaft“ der Betroffenen unweigerlich entstehen, Platz finden und produktiv bearbeitet werden, ohne auf die Solidarität in der Gruppe zurückzuwirken und die einzelnen Logiken des Versorgungsystems zu reproduzieren.

Die oben geschilderten Belastungen der Berater\*innen können nicht einfach als Nähe/Distanz-Problem gefasst werden. Ihre Reflexionen berühren eine Kernfrage politisch kontextualisierter und parteilich-solidarischer psychosozialer Beratungspraxis:

Wie kann eine Praxis mit Betroffenen von politischer Gewalt aussehen, die einerseits die politische Selbstorganisation von Betroffenen und ihr Engagement für Erinnerung, Anerkennung und Gerechtigkeit solidarisch unterstützt und andererseits Räume öffnet für die Stärkung individueller Bearbeitungswege, die Begleitung bei der Entwicklung neuer Lebensperspektiven, ohne auf die Solidarität in der kollektiven Erinnerungsarbeit zurückzuwirken?

#### **Vernetzung**

Die Unterstützung für Betroffene des rassistischen Attentats in Hanau lebt von der Vernetzung unterschiedlicher aktivistischer Akteur\*innen und professioneller Beratungsangebote. Hier hat das TASBAH-Projekt eine wichtige koordinierende Rolle. In halbjährlichen von der Stadt Hanau in Zusammenarbeit mit TASBAH einberufenen *Runden Tischen* kommen Berater\*innen von *response*, TASBAH und der Hanauer Hilfe, Fachanwält\*innen, Psychotherapeut\*innen, Opferbeauftragte der Stadt Hanau, des Landes Hessen und des Bundes und Vertreter\*innen von Sozialleistungsträgern, wie dem Versorgungsamt, der Unfallkasse, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und Vertreter\*innen des Ministeriums und Regierungspräsidiums zusammen. Die Austauschtreffen der Runden Tische zeichnen sich durch die Bereitschaft aus, die jeweils unterschiedlichen Perspektiven kennenzulernen und zu verstehen mit dem Ziel, behördliche Abläufe so zu gestalten, dass sie die Betroffenen nicht zusätzlich belasten. Sie sind zudem ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung aller Beteiligten für die spezifischen Situationen und Bedarfe der Betroffenen rassistischer Gewalt. Hervorzuheben ist auch die enge Zusammenarbeit von TASBAH mit Psychotherapeut\*innen, die Installierung regelmäßiger Gesprächskreise zwischen Berater\*innen und Psychotherapeut\*innen und die kontinuierliche Zusammenarbeit mit engagierten Rechtsanwält\*innen. Die fachliche Beratung und Wissensvermittlung von Rechtsanwält\*innen an Berater\*innen ist für eine bedarfsgerechte sozialrechtliche Beratung der ratsuchenden Personen von unschätzbarem Wert.

Die Anbindung von TASBAH an den VBRG e.V. und das bundesweite Netzwerk von Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist für das TASBAH-Beratungsprojekt von großer Bedeutung. Qualitätsstandards und Handreichungen des VBRG geben Struktur und Orientierung ebenso wie überregionale Fachaustausche und Fortbildungen.

#### **Zusammenfassung**

Die Selbstorganisation von Betroffenen in der Initiative 19. Februar Hanau und der Bildungsinitiative Ferhat Unvar haben als Orte für Erinnerung, Aufarbeitung und Gerechtigkeit und der Selbstorganisation von Betroffenen gegen Rassismus eine zentrale Bedeutung für die Angehörigen der Opfer, die Überlebenden und Zeug\*innen des Attentats, stärken ihren Zusammenhalt und geben ihnen Kraft und Perspektive.

Die Stärke der Selbstorganisation von Betroffenen in Hanau bedeutet nicht, dass ihr Schmerz und ihre Trauer abnehmen, ihr Trauma „geheilt“ oder „abgeschlossen“ wäre. Die Bearbeitung der traumatischen Erfahrung ist kein linearer Prozess. Trauer, Ohnmacht, Wut, Verzweiflung kommen und gehen in Wellen. Hier geht es nicht um Heilung, sondern um einen langfristigen Prozess: Leben lernen mit dem Trauma und der Erinnerung, Kontrolle über den eigenen Alltag und das eigene Leben wiedererlangen, neue Perspektiven entwickeln. Dabei benötigen die Betroffenen langfristige Beratung und Unterstützung. Ob das gelingt, ist eng verknüpft mit der Herstellung von Sicherheit, stabilen Lebensbedingungen und politischer und gesellschaftlicher Anerkennung.

Hier wird die Bedeutsamkeit eines mit Betroffeneninitiativen vernetzten, aber davon getrennten Beratungsprojekts deutlich, das sozialrechtliche Beratung und Alltagsberatung mit Traumabegleitung verbindet und in dem die individuellen Bearbeitungswege der Betroffenen im Vordergrund stehen. Hier können auch Konflikte und Spannungen, die in der heterogenen „Schicksalsgemeinschaft“ der Betroffenen unweigerlich entstehen, Platz finden und produktiv bearbeitet werden, ohne auf die Solidarität in der Gruppe zurückzuwirken und die einzelnen Logiken des Versorgungsystems zu reproduzieren.

Das rassistische Attentat in Hanau hatte zerstörerische und langanhaltende Wirkung auf eine große Zahl von Bürger\*innen von Hanau: Angehörige der Opfer, Überlebende, Zeug\*innen, Ersthelfer\*innen sowie deren Nachbar\*innen, Freund\*innen, Mitschüler\*innen und deren Familien. Es veränderte ihre sozialen Strukturen, ihr Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühl. Hier bedarf es langfristiger, differenzierter und untereinander vernetzter Beratungs- und Unterstützungsangebote für die unterschiedlichen Gruppen und Bedarfe von Betroffenen.

## Empfehlungen

Die Stabilisierung der Lebenssituation der Betroffenen ist eine wichtige Voraussetzung für die Traumabearbeitung und die Hinwendung zu neuen Perspektiven.

Hier bedarf es erheblicher Entlastung von Betroffenen bei der Beantragung von Entschädigungen und Unterstützungen, existenzsichernden Leistungen oder medizinisch-psychologischen Hilfen und der Inanspruchnahme von Angeboten und Einrichtungen der Regelversorgung. Dies umfasst u.a.:

- eine Ämter-übergreifende koordinierende Anlaufstelle, die Leistungsansprüche der Betroffenen bündelt und an über deren Situation informierte Stellen weiterleitet, um den bürokratischen Aufwand und die Belastung der Betroffenen zu reduzieren,
- die Bereitstellung von Sprachmittler\*innen bei behördlichen Verfahren, um Betroffene bei Antragsverfahren und der Nutzung von Hilfsangeboten zu unterstützen,
- erleichterte Begutachtungsverfahren: Verlängerung der Intervalle zwischen notwendigen Begutachtungen für den Erhalt von Entschädigungen (nach OEG / SG14), Sozialleistungen und medizinisch-psychiatrischen Hilfen, um den Belastungsdruck für die Betroffenen zu verringern.

Zur weiteren Entlastung braucht es zudem Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote für:

- Mitarbeitende von Sozialleistungsträgern wie Versorgungsämtern zu den spezifischen Bedarfen der Betroffenen von rassistischer Gewalt, um diskriminierende und entkontextualisierende Erfahrungen zu vermeiden.
- Einrichtungen der Regelversorgung: rassismuskritische und diskriminierungssensible Kommunikation als fester Bestandteil von Fortbildungsprogrammen, um den Umgang mit Betroffenen zu verbessern und ihre Belastungen zu verringern.

Politische Verantwortung und gesellschaftliche Anerkennung

- Übernahme von Verantwortung und Konsequenzen: Betroffene fordern weiterhin eine klare Entschuldigung und Verantwortungsübernahme für die polizeilichen und ermittlungstechnischen Fehler rund um das Attentat und personelle und strafrechtliche Konsequenzen. Die Adressierung dieser Forderungen durch Politik, Justiz und Polizei ist ein wichtiger Schritt zur Wiederherstellung

des Vertrauens der Betroffenen in den Rechtsstaat und ihres Zugehörigkeitsgefühls als Bürger\*innen.

- Politische Adressierung: Die öffentliche Anerkennung des Leids und der Unrechts- und Diskriminierungserfahrungen der Betroffenen ist ein wichtiger Schritt, um ihr Zugehörigkeitsgefühl als Bürger\*innen zu stärken.

Vor dem Hintergrund der komplexen Verschränkung von traumatischer Erfahrung, rassistischer Diskriminierung und Prekarität bei Betroffenen des Attentats haben diese auch weiterhin einen immensen Bedarf an sozialrechtlicher Beratung, Alltagsbegleitung, emotionaler Stärkung und psychologischer und psychotherapeutischer Traumabegleitung.

**Hier braucht es auch weiterhin spezifische traumasensible sozialraumnahe Beratungsangebote, die mit den komplexen Trauer- und Trauma-Dynamiken der Betroffenen und ihren jeweiligen Lebenssituationen vertraut sind und die ihnen – in Zusammenarbeit mit Betroffeneninitiativen und in Vernetzung mit anderen unterstützenden Akteur\*innen und den Einrichtungen der Regelversorgung – Beratung in allen Lebensbereichen anbieten können.**

**Ein solches Angebot sollte nicht nur als Bedarf, sondern als Recht der Betroffenen des Attentats in Hanau und als Teil der Anerkennung ihrer spezifischen Erfahrung von Leid, Unrecht und Diskriminierung durch Politik und Gesellschaft betrachtet werden.**

## Empfehlungen zur Fortführung der Beratung von TASBAH und weiteren Unterstützungsangeboten

Um Betroffene des rassistischen Attentats in Hanau langfristig zu unterstützen, wird die weitere Förderung und Fortsetzung des TASBAH-Beratungsprojekts dringend empfohlen. Dies erfordert:

- Langfristige Förderung: dauerhafte finanzielle und strukturelle Unterstützung, um sowohl den Betroffenen als auch den Berater\*innen Planungssicherheit zu bieten. Dies ermöglicht eine schrittweise Ablösung von intensiver Beratung hin zur Regelversorgung, die Stärkung der Selbstwirksamkeit der Betroffenen und die Entwicklung individueller Perspektiven.
- Erweiterung der personellen Ressourcen: eine personelle Ausstattung, die den hohen Beratungsbedarf abdeckt und die Einhaltung von Qualitätsstandards des VBRG e.V. ermöglicht (Präsenz von mindestens zwei Berater\*innen in Beratungssettings; eine klare Auftragsklärung; in familienbasierten Beratungssituationen das Adressieren unterschiedlicher Perspektiven, z.B. von Eltern und Geschwistern der Opfer), sodass diesen Qualitätsstandards entsprechend mindestens zwei Berater\*innen pro Fall arbeiten können.
- Aufsuchende und ambulante Beratung: Fortführung der flexiblen Beratung in Verbindung mit einem strukturierten Angebot in gut erreichbaren, niedrigschwelligen Räumen. Sichtbarkeit und Transparenz des Beratungsrahmens und eine klare Auftragsklärung mit Betroffenen über Ziele und Umfang der Beratung, um den Übergang zu einem strukturierten Beratungsangebot zu unterstreichen und für Betroffene sichtbar und erfahrbar zu machen.
- Supervision: regelmäßige Supervision für Berater\*innen, die nicht nur Fallsupervision umfasst, sondern auch Raum für Reflexion zu eigenen Belastungen und Grenzen bietet. Einzelsupervision sollte bei Bedarf möglich sein.

Die Förderung sollte zudem enthalten:

- Sprachmittlung im Beratungskontext, um Betroffenen die Eigenständigkeit im Umgang mit Behörden zu erleichtern,
- Ressourcen für die koordinierende Rolle von TASBAH und die Erweiterung der Gesprächskreise mit Psychotherapeut\*innen, die Zusammenarbeit mit Fachanwält\*innen und die Verstärkung der Runden Tische mit Vertreter\*innen der Stadt und Sozialleistungsträgern zur betroffenenzentrierten Gestaltung behördlicher Abläufe,

- Ressourcen für die Multiplikator\*innenfunktion und den Wissenstransfer von TASBAH im Rahmen von Fortbildungs- und Sensibilisierungsprogrammen für Behörden und Regelversorgungseinrichtungen zu den spezifischen Bedürfnissen von Opfern von terroristischen Anschlägen und rassistischer Gewalt.

Angesichts der Größe der Betroffenenengruppe und ihrer Heterogenität ist darüber hinaus die Stärkung bestehender Beratungs- und sozialer Strukturen notwendig: **eine langfristige Förderung und personelle Stärkung der Beratungsstelle response, des Jugendzentrums JUZ k-town in Hanau-Kesselstadt und weiterer lokaler sozialer Strukturen, um zielgruppenspezifische Räume für Betroffene zu schaffen.**

## Prävention und Ausbau von Unterstützungsangeboten für Betroffene rassistischer Gewalt

Angesichts des Erstarkens rechter, rassistischer und antisemitischer Diskurse und ihres Einzugs in deutsche Landesparlamente muss mit einem weiteren Anstieg rassistisch begründeter Gewalttaten gerechnet werden. Schon heute werden in Deutschland täglich neun Menschen Opfer politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt.

**In diesem Kontext ist die bundesweite Stärkung von Beratungsstellen für die Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt notwendig.**

- Bundesweite Beratungsangebote: Der Ausbau spezifischer Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie eine langfristige finanzielle Sicherung der Opferberatungsstellen sind dringend notwendig.
- Prävention: Die präventive Arbeit gegen rassistische Gewalt muss gestärkt werden, um dem Erstarken rechter und rassistischer Diskurse und den damit verbundenen Gewalttaten entgegenzuwirken.

## Danksagung

Dem Leid der Betroffenen, ihrer Erfahrung von Gewalt und Verlust, verwoben mit fortgesetzter rassistischer Diskriminierung, ihrer Trauer, Wut und Empörung stehen wir fassungslos gegenüber und können die Dimension ihres Schmerzes nur ansatzweise erahnen.

Wir möchten den Betroffenen unsere Hochachtung und Bewunderung ausdrücken für ihren Zusammenhalt und ihre Selbstorganisation in der Initiative 19. Februar Hanau, die Dreh- und Angelpunkt des Unterstützungsnetzwerks für Betroffene des Attentats ist. Die Kampagne *say their names* hat die Namen und Leben der Ermordeten in den Mittelpunkt der Erinnerung an das Attentat in Hanau gerückt. Mit ihrer lauten Stimme gegen Rassismus, für Anerkennung und Gerechtigkeit haben die Angehörigen der Opfer nicht nur konkrete Erfolge erzielt, wie die Einrichtung eines landesweiten Opferfonds in Hessen, sondern bundes- und europaweit zur Vernetzung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt beigetragen. Ebenso möchten wir unseren Respekt für die von der Mutter eines der Ermordeten gegründeten und nach ihm benannten Bildungsinitiative Ferhat Unvar ausdrücken, die mit antirassistischer Bildungsarbeit und Empowerment für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aktiv gegen die rassistischen Strukturen und Denkweisen in unserer Gesellschaft vorgeht.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Überlebenden und Angehörigen der Opfer, mit denen wir sprechen durften, die ihren Schmerz und ihre Hoffnungen mit uns geteilt haben. Wir bedanken uns bei den Projektleitungen und den Berater\*innen von TASBAH und der Beratungsstelle *response*, die uns Einblicke in ihre Arbeit und ihre Debatten ermöglicht haben. Wir bedanken uns bei allen Gesprächspartner\*innen der Initiative 19. Februar Hanau, der Bildungsinitiative Ferhat Unvar, des Jugendzentrums JUZ k-town Kesselstadt, dem Opferbeauftragten der Stadt Hanau sowie den Psychotherapeut\*innen und Fachanwält\*innen. Wir bedanken uns beim VBRG e.V. für den Auftrag und das in uns gesetzte Vertrauen.

Wir hoffen, dass es uns mit unserem Bericht gelungen ist, allen unterschiedlichen Perspektiven gerecht zu werden, die Ambivalenzen und Spannungen, mit denen Betroffene und Berater\*innen täglich kämpfen, abzubilden, und dass unser Bericht für die Weiterentwicklung des Beratungsangebots in Hanau nützlich ist.

Der Bericht richtet sich auch an politische Akteur\*innen auf Stadt-, Landes- und Bundesebene und an Förderinstitutionen. Wir hoffen, dass er dazu beiträgt, den immensen Bedarf an langfristigen Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Betroffene in Hanau sowie die Dringlichkeit von Planungssicherheit durch langfristige politische Unterstützung und finanzielle Förderung sichtbar zu machen.

### Wegweiser durch den detaillierten

#### Evaluationsbericht

In Kapitel 1 des Berichts stellen wir das Evaluationsdesign, Evaluationsziele, -fragen und -methodik vor. In Kapitel 2 widmen wir uns Kernenerfahrungen traumatischen Erlebens aus traumapsychologischer Sicht, setzen sie – auf Grundlage publizierter Kontextdaten und von Berichten von Betroffenen und Berater\*innen – in Bezug zum Kontext der Betroffenen des Attentats in Hanau und versuchen so eine Annäherung an ihre Situation aus einer traumapsychologischen Perspektive. Kapitel 3 befasst sich mit dem spezifischen TASBAH-Beratungsangebot. Hier teilen wir unsere Beobachtungen und Ergebnisse aus Interviews mit Betroffenen, Berater\*innen und weiteren Akteur\*innen zur Wirksamkeit und zu Herausforderungen der Beratungsarbeit sowie Reflexionen aus gemeinsamen Workshops mit den TASBAH-Berater\*innen. Zudem geben wir Empfehlungen zur Weiterführung des TASBAH-Beratungsprojekts. In Kapitel 4 formulieren wir einige Abschlussbemerkungen mit Blick auf die Spannungen und Konflikte zwischen individueller Bearbeitung traumatischer Gewalt und der gesellschaftlichen/politischen Ebene sowie deren unterschiedliche Bedarfe und Zeitmaße.

### Hier erhalten Sie den detaillierten Evaluationsbericht:

[www.verband-brg.de/redirect/tasbah-studie](http://www.verband-brg.de/redirect/tasbah-studie)



# Unterstützen Sie die Arbeit der Beratungsstellen und den Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Je mehr Menschen, Vereine, Unternehmen und Institutionen unsere Arbeit und die Arbeit der Beratungsstellen im VBRG unterstützen, desto wirkungsvoller können wir Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt beraten.

**Gerade jetzt ist Solidarität entscheidend.**

### Welche Unterstützung wird gebraucht

→ Langfristige Förderungen und Kooperationen mit Stiftungen sowie öffentlichen und privaten Geldgebern sind für unsere Arbeit unverzichtbar. Durch Ihre Unterstützung können wir nachhaltige und effektive Hilfe leisten.

→ Setzen Sie sich auf Bundes- und Landesebene für den Erhalt und den Ausbau der Opferberatungsstellen ein! Ihre Unterstützung ist entscheidend, um die Finanzierung und die Strukturen zu sichern, die für eine effektive Beratung von Betroffenen notwendig sind.

→ Fördern Sie die Arbeit des VBRG e.V. langfristig.

Kontaktieren Sie uns unter: [info@verband-brg.de](mailto:info@verband-brg.de), um mehr über Fördermöglichkeiten zu erfahren.

### Spenden Sie an den VBRG e.V. und den Opferhilfefonds

Als gemeinnütziger und mildtätiger Verein sind wir Mitglied in der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Jede Spende hilft uns, unsere Arbeit fortzusetzen und ist steuerlich absetzbar. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung und jede Spendenaktion. Zusammen können wir einen Unterschied machen und Betroffenen eine Stimme geben. Ihre Solidarität ist ein wichtiger Beitrag für eine gerechtere und sicherere Gesellschaft.

### Unbürokratisch und direkt: Der Opferhilfefonds

Mit dem Opferhilfefonds unterstützen wir Menschen dabei, die materiellen Folgen eines rechten, rassistischen oder antisemitischen Angriffs zu bewältigen. Dafür brauchen wir Ihre Spende.







VERBAND DER BERATUNGSSTELLEN FÜR  
BETROFFENE RECHTER, RASSISTISCHER  
UND ANTISEMITISCHER GEWALT E.V.



INSTITUT FÜR  
PSYCHOLOGISCHE  
FORSCHUNG  
AN DER SFU BERLIN E.V.



[www.verband.brg.de](http://www.verband.brg.de)